

wurde eine „Three Mines only“-Politik betrieben. Das heißt, es darf jeweils nur in maximal drei Bergwerken Uran abgebaut werden. Derzeit sind das die Bergwerke Ranger, Olympic Dam und Beverly. Seit 2007 ist in Australien die Labour-Partei an der Regierung. Wegen der weltweiten Nachfrage hat sie die Drei-Minen-Politik aufgeweicht, ein viertes Uranbergwerk wurde bereits genehmigt.

Oft wird nur mit kurzfristigen Vorteilen des Uranabbaus wie die Schaffung von Arbeitsplätzen geworben, die langfristigen Folgen aber werden verschwiegen. Der Uranabbau birgt tatsächlich große Risiken

für Mensch und Natur. Große Mengen gefährlicher, radioaktiver Abfälle entstehen, die auf riesigen Abfallhalden und in Schlammbecken landen. Diese „Tailings“ sind über zehntausende Jahre lang radioaktiv und müssen über diese Zeit hinweg von der Umwelt abgeschirmt werden. Das gelingt nur unvollkommen, die Becken werden undicht und kontaminieren waserführende Erdschichten.

Dokumentarfilm und Diskussion „Uranium – is it a Country?“, deutsch/englisch im Original mit deutschen Untertiteln, am Freitag, 22. Mai 2009, 19:00 Uhr, im Kunstverein ACUD e.V., Kino 1, Veteranenstr. 21, Berlin-Mitte. Der Eintritt ist frei. ●

Atommüll-Endlagerung

Die ergebnisoffene Endlagersuche ist in der Großen Koalition gescheitert

„Bei der Suche nach einem Atommüllendlager muß die Sicherheit der Bevölkerung und der Natur an erster Stelle stehen. Wir brauchen nicht irgendeinen Standort, sondern den am besten geeigneten – den aber kann man nur in einem ergebnisoffenen und transparenten Suchverfahren ermitteln. Ich habe im Herbst 2006 unter dem Titel ‚Verantwortung übernehmen, den Endlagerkonsens realisieren‘ ein Konzept für die Standort-suche in Deutschland vorgelegt. Dieses Konzept entspricht dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Debatte, greift Erfahrungen aus Ländern wie der Schweiz oder Schweden auf und sorgt für eine optimale Beteiligung der Menschen vor Ort. Ich bedaure es sehr, daß Teile der Großen Koalition nicht den Mut hatten, sich auf dieses Verfahren zu verständigen.“

Das erklärte der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel am 21. April 2009 in Berlin anlässlich der Besichtigung einer vom Bundesamt für Strahlenschutz erstellten mobilen Ausstellung zur Information über die Endlagerung radioaktiver Abfälle und gestand damit das Scheitern einer ergebnisoffenen Standort-suche ein. Offenbar will man in der Atomindustrie und in Teilen der Politik unbedingt weiter an einer Endlagerung im Salzstock Gorleben festhalten, obwohl die Atommüll-lagerung in Salzformationen in dem Versuchslager der Schachtanlage Asse II bei Wolfenbüttel spektakulär gescheitert ist.

Politische Weisung 1983 führte in die Sackgasse

Die Standortwahl Gorlebens als nukleares Endlager wirft immer neue Fragen auf. Jetzt

erläuterte der ehemalige Abteilungsleiter in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) Professor Helmut Röthemeyer, weshalb nach Auswertung der Tiefbohrerergebnisse die Vorläuferbehörde des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) Mitte der 1980er Jahre auf Distanz zum Salzstock Gorleben ging. In einem Gespräch mit der Berliner Tageszeitung sagt er, wegen des Erkundungsrisikos und aus Gründen der Akzeptanz hätte die PTB vorgeschlagen, einen weiteren Standort zu untersuchen. Die Tiefbohrungen hätten nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Röthemeyer und seine Kollegen mußten in ihrem Gutachten feststellen, daß das von einer eiszeitlichen Rinne durchzogene Gestein über dem Salzstock nicht in der Lage ist, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“. Zu einem Treffen mit den Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover, auf dem der Sachverhalt und die Empfehlung, die Standortsuche zu erweitern, besprochen werden sollten, seien unerwartet auch Vertreter des Bundeskanzleramtes und der Bonner Ministerien für Forschung und Technologie und des Inneren erschienen – ein Bundesumweltministerium existierte vor dem Reaktorbrand in Tschernobyl nicht. Die Ministeriumsvertreter forderten laut Röthemeyer die PTB zur Änderung ihres Gutachtens auf. „Es gab nichts Schriftliches, keine schriftliche Weisung, aber wir mußten das Gespräch klar als Weisung auffassen“, sagt Röthemeyer, der inzwischen pensioniert ist.

Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) ergänzt: „Zweimal schon haben wir das Bundesamt aufgefordert, uns die Stellungnahme der PTB auszuhandigen bzw. Protokolle einsehen zu können. Die sach-

fremden Kriterien für die Standortwahl 1977 gepaart mit dieser falschen Weichenstellung Mitte der 1980er Jahre führen in der nuklearen Entsorgung in die nächste Sackgasse – Asse II läßt grüßen.“

Mobilisierung zur Großdemonstration am 5. September 2009 in Berlin

Delegierte aus Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen haben Mitte April 2009 in Hannover eine bundesweite Mobilisierung zum Treck der Bauern aus dem Wendland nach Berlin verabredet. Die Großdemonstration am 5. September 2009 soll ein Zeichen für den Atomausstieg und die Aufgabe Gorlebens als Endlagerstandort setzen.

Broschüre zur Endlagerung

Ebenfalls Mitte April 2009 hat die Abgeordnete der Grünen im Europaparlament Rebecca Harms eine Broschüre „endlagerung – und ewig strahlt der atommüll“ über den Umgang mit Atommüll in Deutschland, weltweit und dem Fehlen einer Lösung herausgegeben: „Der Skandal im Forschungsbergwerk Asse hat die Diskussion über Salz als Endlaggergestein und die Eignung Gorlebens als Endlager erneut entfacht. Dieselben Experten aus Wissenschaft, Behörden und Politik, die Gorleben als Endlager für hochradioaktiven Müll empfohlen haben, haben auch den GAU in der Asse zu verantworten. Sie und ihre Argumente gehören nun erneut auf den Prüfstand.“

Die Broschüre kann von der Website www.rebecca-harms.de/index.php/lesen/endlagerung-und-ewig-strahlt-der-atomm-ii heruntergeladen werden oder kostenlos per eMail oder Telefon anna.turmann@gruene-europa.de / 030-22778412 bestellt werden. ●